

# Der Schuhmacher

Nürnberg.  
Dienstag, den 2. Mai 1933.

Vertriebsabteilung Nr. 130 für Nürnberg und Postbez. — Anzeigenpreis: Der einmalige Normalpreis (Nichtbeziehen ausserhalb) 0,40 DM. (Inserentenpreise siehe Nr. 130) Fernsprechnummer der Redaktion Nürnberg 24603 — Anzeigenannahme und Redaktion Nürnberg 1. (Ludwig) — Verleger: Eusebius — Zählstellen für Inserate von Postcheckkonto Nummer 23939 Expedition „Der Schuhmacher“ Nürnberg

erschaltet  
wöchentlich am Dienstag.  
Postansendungen  
aus Nürnberg an den Verlag  
des „Der Schuhmacher“ Nürnberg  
Postamt 4, Abteil. 10.

# Schuhmacher

Nr. 18 // Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher, Sitz Nürnberg  
47. Jahrgang. Zugleich Publikationsorgan der Zentralkrank- und Sterbekasse der Schuhmacher, Sitz Hamburg 6

## Lohnförmung, ein falsches Hilfsmittel der Krisenbämpfung.

Der berühmte englische Nationalökonom J. M. Keynes befähigt sich häufig mit den verschiedensten Vorschlägen, die zur Krisenbämpfung genutzt werden sollen. Jeder Vorschlag lehnt er als falsches Hilfsmittel ab. Die Behebung der Krisenangelegenheit durch organisierte Produktionsbeschränkung, die das Ziel verfolgt, bei festem mit der rückgängigen Nachfrage in Einklang zu bringen, bedeutet Keynes als ein falsches Hilfsmittel, da es einen Anreiz auf die gemeinsamen Produktionskräfte, sich aber nicht abzurufen lassen kann, nicht aber eine jemals neu durchgeführte Anpassung an die gegenwärtigen Bedürfnisse. Das falsche Hilfsmittel der Lohnförmung ist, selbst in solchen Fällen, wo die Lohnförmung nur die bereits erfolgte Senkung der Warenpreise ausgleicht.

## Berordnung über die Einsetzung von Kommissaren.

- 1. Das Ziel Staatskommissare führt von jetzt ab ausschließlich von dem bayerischen Staatsministerium für den Bereich der öffentlichen Verwaltung und des öffentlichen Aufbaus und von dem Herrn Reichskommissar in Bayern ernannte Staatskommissare.
- 2. Die Staatskommissare des öffentlichen Aufbaus sind mit den Aufgaben im Amt, die in der Einsetzung des Staatsministeriums des Innern vom 18. März 1933 anfallen. Die fünf bayerischen Staatskommissare des öffentlichen Aufbaus sind mit den Aufgaben im Amt, die in der Einsetzung des Staatsministeriums des öffentlichen Aufbaus vom 18. März 1933 anfallen.
- 3. Die Befehlsgewalt der bisherigen Kommissare und Sonderbeauftragten bei Wirtschaftskrisen, die durch die Einsetzung der Staatskommissare des öffentlichen Aufbaus aufgehoben, ohne Rücksicht darauf, von wem die Befehlsgewalt ausgeht.
- 4. In der Einsetzung der Staatskommissare des öffentlichen Aufbaus sind die bisherigen Kommissare und Sonderbeauftragten bei Wirtschaftskrisen, die durch die Einsetzung der Staatskommissare des öffentlichen Aufbaus aufgehoben, ohne Rücksicht darauf, von wem die Befehlsgewalt ausgeht.
- 5. In der Einsetzung der Staatskommissare des öffentlichen Aufbaus sind die bisherigen Kommissare und Sonderbeauftragten bei Wirtschaftskrisen, die durch die Einsetzung der Staatskommissare des öffentlichen Aufbaus aufgehoben, ohne Rücksicht darauf, von wem die Befehlsgewalt ausgeht.
- 6. Die Befehlsgewalt der bisherigen Kommissare und Sonderbeauftragten bei Wirtschaftskrisen, die durch die Einsetzung der Staatskommissare des öffentlichen Aufbaus aufgehoben, ohne Rücksicht darauf, von wem die Befehlsgewalt ausgeht.

## Wirtschaftsstörende Eingriffe verboten.

Auf Anträgen erklärt der deutschnationale Parteiführer Dr. Hugenberg u. a., „Es ist darauf hinzuweisen, daß Umbildungen und Neubildungen in der Wirtschaft, die in keiner Weise vorgehen und die die Umgestaltung selbstverständlich im Einkommen zwischen der Reichsregierung und den bisher bestehenden wirtschaftlichen Organisationen durchzuführen ist. Bis dahin verbleiben die bestehenden Wirtschaftsverbindungen in ihren Funktionen und werden von der Reichsregierung als alleinige Verhandlungspartner angesehen. Gegenüber Eingriffen in die bestehende Selbstverwaltung der Wirtschaftskreise ist es Sache der verantwortlichen Persönlichkeiten, in erster Linie nach der Legitimation derjenigen zu fragen, die den Eingriff versuchen. Wo dies geschehen ist, wurde stets festgestellt, daß eine Legitimation von keiner amtlichen Seite erteilt war. In allen diesen Fällen konnten die willkürlichen Eingriffsversuche abgewehrt werden. Es muß vor allem grundsätzlich darauf verwiesen werden, daß gewaltsame, unorganisierte Eingriffe wohl den augenblicklichen Tatbestand, nicht aber den Rechtszustand ändern können.“

## Gewerkschaftsdienst an der Nation.

Erinnerungen an den Ruhrkampf.

Vor Kurzem brachte der Führer der freien Gewerkschaften, Leipart, mit Recht zum Ausdruck, daß die Gewerkschaften in allen kritischen Situationen und schicksalsschweren Zeiten stets das Volksganze verteidigt hätten und es der Würde der Gewerkschaften widerspräche, im einzelnen auf die Leistungen hinzuweisen, auf die sich die Gewerkschaften im Dienste der Nation berufen könnten. Wir sind der gleichen Auffassung. Trotzdem möchten wir es nicht unterlassen, noch einmal kurz auf eine nationale Großtat der Gewerkschaften, und zwar auf ihr Verhalten im Ruhrkampf, sei welchem nun 10 Jahre verlossen sind, rückschauend etwas näher einzugehen.

Die Gewerkschaften standen in vorderster Reihe im Kampfe gegen die von den Franzosen geförderten, landesverräterischen Separatisten; sie haben mehr als man gemeinhin kennt, führenden Anteil an der Abwehr des Ruhereinbruchs. Die Geschehnisse der damaligen Zeit können allerdings nicht in wenigen Zeilen geschildert werden. Eine ausführliche Schilderung dieser Vorgänge, insbesondere über die Haltung der Gewerkschaften und ihrer Mitglieder, finden wir in dem leider viel zu wenig beachteten Buch von L. Erdmann: „Die Gewerkschaften und die Ruhrkampf“. In diesem Buch, das im Auftrage des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes schon 1921 erschien, schildert der Verfasser in ausführlicher Weise, welche hervorragenden Verdienste den Gewerkschaften um die Rettung der deutschen Nation in diesem heroischen Abwehrkampf zukommen.

„Ein schlichtes Bewußtsein unveräußerlicher Zusammengehörigkeit“ — so berichtet Erdmann — „ein Vaterlandsgelühl frei von chauvinistischer Phrasen kam insbesondere zum Ausdruck in dem Verhalten der Eisenbahner, der Rheinischhändler, der Bergarbeiter und ihrer verantwortlichen Führer.“ „Gegen den Eindringling, so erklärte der Bergarbeiterführer Martinieller noch im September jenes Jahres, wende sich auch das nationale Gefühl der Arbeiter, das selbstverständlich vorhanden sei und mit dem gerechnet werden müsse. Und ein ausländischer Beobachter stellte zur gleichen Zeit die überraschende Tatsache fest, daß die Arbeiter an der Ruhr, die nicht in Besitz von Deutschland, sondern in der Hand der Arbeiter waren, sich bereit seien, von der Möglichkeit einer Niederlage oder einer Kapitulation zu sprechen.“ An einer anderen Stelle seines Buches sagt Erdmann: „Der passive Widerstand war vor allem ein Kampf um die Einheit Deutschlands. Und in diesem Kampf, die Einheit Deutschlands, die von ihnen vertretenen Arbeiter, Angestellten und Beamten führten, konnte sich Poincaré keines Sieges rühmen.“ In seinem kürzlich erschienenen Buche „Die Front der Gewerkschaften“ (Eugen Diederichs Verlag in Jena) unterzeichnet Carl Roth den heroischen Abwehrkampf der Gewerkschaften einer objektiven Würdigung. Er schildert die Ereignisse u. a. wie folgt: „Eine Woche nach dem Einmarsch der Franzosen gaben die verschiedenen Bergarbeiterverbände die Streikparole heraus. Zwei Tage später war auf den ersten funfundzwanzig besetzten Staats- und Privatgruben die Arbeit niedergelegt. Verhandlungs- und Bestechungsversuche der Militärs blieben natürlich ohne jeden Erfolg. Wenige Tage darauf weigerten sich die Binnenschiffer im Industralgebiet, Reparationskohl zu verfrachten, das gesamte Maschinenpersonal der Rheinischhändler trat in den Streik, die damit völlig lähmgelegt war, zumal sich holländische Organisationen mit den deutschen Schiffen solidarisch erklärten.“

## Der Bundesausschuß des ADGB. zur Lage.

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beschloß sich am 5. April mit den sich für die Gewerkschaften zur Zeit ergebenden Aufgaben, Leipart berichtete einleitend über die Ereignisse der letzten Wochen und die Maßnahmen des Bundesvorstandes. Die Diskussion über die Stellung der Gewerkschaften im neuen Staat sei in vollem Gange. Es beacht aber bisher noch keine Arbeit über die künftige Organisationsform der Gewerkschaften und die Abgrenzung ihrer Befugnisse. Er verspricht weiter auf eine Erklärung des Bundesvorstandes vom 20. März. In der Debatte wurde von allen Verbandsvertretern der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß im Interesse der gezielten Entwicklung der deutschen Wirtschaft die in jahrzehntelanger opfervoller Arbeit und mit großer Erfahrung gewonnenen Organisationen und Einrichtungen die Träger der deutschen Gewerkschaftsbewegung bleiben müssen. Einer Vereinheitlichung des deutschen Gewerkschaftswesens wurde der ADGB, so bereitwillig zustimmen, als er selbst schon in früherer Zeit wie auch in den letzten Jahren dahingehende Bestrebungen unternahm und selbst angeregt habe. Er wurde jetzt bereit sein, an dieser großen Aufgabe mitzuwirken. Der Kampf für die Rechte der Arbeiter-

schaft im Staate, für die Steigerung ihres Anteils an dem gemeinsam erarbeiteten Ertrag der deutschen Wirtschaft, für die freie Selbstverwaltung der Arbeitskraft und die Sicherung der Lebensgrundlagen des Staates oder der Wirtschaft gewesen. Der Aufschwung der deutschen Wirtschaft in den Jahrzehnten vor dem Kriege, die reibungslose Organisation der Kriegswirtschaft, der Neuaufbau der Wirtschaft nach dem Kriege und die Sicherung ihres Bestandes vor unabsehbaren Katastrophen in der Krise der letzten Jahre waren ungleich möglich gewesen ohne die gewerkschaftliche Erziehung der deutschen Arbeiter zu geistiger Selbstständigkeit, sozialem Verantwortungsgefühl und kameradschaftlicher Solidarität. Der Bundesausschuß sprach dem Bundesvorstand einmütig das Vertrauen aus und beauftragte ihn, seine Beratungen fortzusetzen, das Lebensrecht der Gewerkschaften auch in dem neuen Staat zu wahren, weil es im Interesse der Arbeiterschaft und des ganzen Volkes eine soziale Notwendigkeit sei. Die öffentliche Diskussion über Gleichhaltung der Wirtschaftsverbände, auch der Gewerkschaftsorganisationen mit



# MITTEILUNGSBLATT

für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Schuhindustrie

Nr. 142 Herausgeber: Zentralverband der Schuhmacher März 1933

## Maschine gegen Menschen.

Die Rationalisierung der Industrie ist am schärfsten durchgeführt worden in der Metallindustrie. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband gibt in einer Schrift Auskunft über Erhebungen bezüglich der Entwicklung der Metallindustrie und deren Rationalisierung. Keine Schrift zeigt wie diese, in welcher Weise die Krise und die Umstellung der Betriebe auf die Entwicklung einer Industrie von Einfluss war. Erfaßt wurden insgesamt 2555 Betriebe mit über 100 Arbeitern.

Im Jahre 1927 beschäftigten diese Betriebe 1410769 Arbeiter. Davon sind über die Hälfte, 733395 Arbeiter aus Betrieben, die in vier Jahren ein Rückgang auf 1887 oder von 34,0 v. H. und bei den Beschäftigten ein solcher von 37,1 v. H. zu verzeichnen. Anfolge direkter Rationalisierungsmaßnahmen schieden 91813 Arbeiter aus.

In welcher Weise die Rationalisierung in der Metallindustrie durchgeführt wurde, zeigt bereits ein flüchtiger Blick in dieses Buch. Im Jahr 1871 hatte Deutschland 306 Hochöfen in Betrieb. Auf den Kopf der Bevölkerung kam eine Hochofenerzeugung von 67 Tonnen. Im Jahre 1925 waren noch 141 Hochöfen unter Feuer, mit denen pro Kopf der Bevölkerung 434 Tonnen Hochofenerzeugung erzeugt wurden.

Im Jahre 1929 ist die Zahl der im Betrieb befindlichen Hochöfen auf 115 herabgesunken, die Leistung je Kopf

aber auf 611 Tonnen gestiegen. Das ist ein Produktionsergebnis, wie man es sich vor 60 Jahren noch nicht im Traume ausgemalt hatte. In einem Betrieb liefen 15 Werkzeugmaschinen daselbst wie früher 48. In der Spiralschneckenherstellung wird in einem Fall die Arbeit von früher 30 Arbeitern jetzt von 4 geleistet. Im Jahrabbau brauchen früher 110 Mann einen Tag zur Herstellung von 6000 Treiblaufnaben. Heute wird die gleiche Produktion im selben Zeitraum von 20 Mann geleistet.

Zur Montage und zum Versand von 210 Fahrzeugen je Tag benötigte man früher 70 Monture und 30 Arbeiter. Heute werden für die gleiche Zahl 12 Monture und 6 Arbeiter gebraucht. Ein Betrieb der Maschinenbranche stellte früher in zehnkündiger Arbeitszeit 1000 Eimer fertig, jetzt werden bei der gleichen Beschäftigung in 9 Stunden 2100 Stück hergestellt.

Spindelköpfe drehen dauerte früher 256 Minuten. Jetzt wird die gleiche Arbeit in 60 Minuten geleistet. In einem Werk der Nähmaschinenproduktion stellten bei Anlauf der Rationalisierung 1923 1200 Arbeiter täglich 22000 Lampen her, jetzt werden von 340 Arbeitern täglich 40000 Lampen erzeugt. Das ist eine Leistungssteigerung von 543 vom Hundert.

Diese wenigen Beispiele, die man noch zu Tausenden in dem genannten Buch finden kann, zeigen, wie sich die Umstellung der Industrie praktisch ausgemacht hat. Der Lohnanteil wird immer kleiner und die fixen Kosten immer höher. Der Mensch spielt im Produktionsprozess eine immer geringere Rolle.

## Ursachen des Wirtschaftstiefstands.

In einem Vortrag über die wirtschaftliche Lage, den Professor Dr. Schmalenbach am 21. Januar in Köln hielt, führte er aus, daß die derzeitige Krise ihrer Ursache nach größtenteils eine Fortschrittskrise sei. Er legte die Bedeutung der fixen Kosten in der Wirtschaft erneut dar und betonte, daß bei dem Überwiegen der fixen Kosten die Aufrechterhaltung des Prinzips der freien Konkurrenz in der Volkswirtschaft ganz unmöglich sei, daher müsse die freie Konkurrenz dort, wo die fixen Kosten herrschen, durch ein anderes System ersetzt werden. Das werde und sei bereits in großem Umfang ohne unsere Willen automatisch geschehen. Er könne dieses sogenannte Entfall der freien Kräfte nicht mehr finden und wünsche ein System, das etwas weniger Freiheit, da-

für aber etwas mehr Verunsicherung aufweise; eine vernünftige Kartellgesetzgebung sei ihm lieber als diese alles zerstörende wilde Wirtschaft. Eine volle Beschäftigung sei angedeutet, aber durch technischer Fortschritt bedingten Ueber-Produktionsfähigkeit selbst bei weiser freier Konkurrenz für viele Betriebe nicht mehr möglich. Man solle sich dem Strom, in dem sich die Wirtschaft jeweils befindet, nicht entgegenstellen, sondern den Kurs darauf einstellen. Professor Dr. Schmalenbach behandelte die fehlerhafte Kartellorganisation und forderte nicht Verzicht auf das Prinzip der freien Konkurrenz, sondern dessen Verlagerung in die Betriebswirtschaft, dezentrale Betriebsverwaltung, geordnete Abrechnung der Abteilungen, Betriebsanfragen, Betriebsvergleich,

## Gesetz und Recht.

### Wer ist unterhaltspflichtig?

Die Frage ist deswegen für die tägliche Praxis so bedeutsam, weil sie in der Arbeitslosenversicherung, Arbeitslosenversicherung und auch in der eigentlichen Fürsorge eine Rolle spielt. Umständlich ist sie auch für die Sozialversicherung und für das tägliche Leben von Bedeutung.

Unterhaltspflichtig sind nur die Verwandten in gerader Linie, also nicht Geschwister, und zwar sind die Mütter vor den V Vätern der aufsteigenden Linie unterhaltspflichtig. Wenn es sich um die Frage des Unterhalts für eine Person handelt, so wird man erst prüfen,

ob immer vorhanden sind, die in der Lage sind, Unterhalt zu gewähren. Ist das nicht der Fall, so wird man sich an den Vater und zuletzt an die Mutter der Person halten müssen.

Unter den Verwandten der aufsteigenden Linie haben die näheren vor den entfernteren, mehrere gleich nahe zu gleichen Teilen. Der Vater hat bei jedem von der Mutter, wie es aus dem Wesen des Familienlebens hervorgeht. Er hat der Mutter dagegen das Recht der Rückgriffung an dem Einkommensmäßigen zuzusetzen, hat er zunächst die Mutter. Unterhaltspflichtig ist aber nicht, wer bei Unterhaltspflichtung seiner sonstigen Verpflichtungen außerstande ist, ohne Gefährdung seines handbesmäßigen Unterhalts den Unterhalt zu gewähren.



10-11  
Zentralverband der Schuhmacher





den staatlichen Belangen ist im vollen Q sind im Umlauf. Tatsächlich aber ist stimmten, konkreter Angaben vor w eventuell Zusammenfassung der w schaffsrichtungen vor sich gehen soll.

Darüber kann Zweifel bestehen, Gewerkschaften notwendig sein werden die Gewerkschaften und die v Bänden wirtschaftliche Notw national gleichgerichteten Staat zu beiter und Arbeiterinnen sind schu halb müssen sie sich diesen v Schutz in Organisationen a halten. Zweifler können also beruht Verbot oder eine Auflösung der Gewe gedacht werden wird. Die Aufteilung der Gewerkschaftsverbände in kleine v offensichtlich auch in dem maßgebend absichtigt. Der Zug der Zeit geht nie im Gegenteil, auf Zusammenfassung hi verwaltenden Wirtschaftsorganisationen nicht schädlich sein, Gewiß kommt weichen Bedingungen der Zusammensol. Wenn diese Angelegenheit zur F gemacht wird, sollen wir uns abse niemand belurworten. Bei den Entschel sind, müssen wir mitwirken und uns den Gewerkschaften ihr Charakter der Interessen der Arbeiter, Unter der Umhede der Zeit und e hältnissen ist unter anderem die NSB auf eigene Faust ihre besonderen Orga die Gewerkschaften haben damit aus Konkurrenz erhalten. Es fragt sich diese neue Organisationsgruppe für die Interessen ertritten der Art gerichtet ist und diese erll eigenen Erklärungen aus dem Lager nationalsozialistische Betriebszellenorga sches Kampffeld der genannten P ist, kann sie niemals einen Gewerka die Werber glauben zwar anscheinend, Staat berechtigt sind, die Interessen d dem Unternehmer zu vertreten und a auf parteipolitische Gesichtspu wenig wie die Gewerkschaften bisher,

## Aus der Bilanz.

Die G. R. der W. und E. der 24u an der die Stelle feinen Zutritt hatte, p per 30. September 1932. Die Umsatzzahl, v höher als im Vorjahr von 6 Mill. auf 1 fast hat, schließt nach Abfertigungen von t auf Anlagen und 22.7 Mill. auf Aufwänd Statistik von 11 Mill. 800 auf 21 geschätzten Aufwänden von 0.10 Mill. 3 teingehören und den Verlust von 0.31 Mill. Die Bilanz stellt nur noch 0.32 (1.84) Mill. Die Parana Zahl für 1931 auf 1.4 Mill. ist selbst im Vergleich der Firma der 1911 mit 1.14 Mill. des Vorjahres der 1911 vertritt. Die Verbindlichkeiten gegen Banken (ab um 1.70 Mill. 800, während die 1911 (1.11 Mill. 800) ausgebaut wurde. Der sowie der gleichfalls liquidierten Tochterfiff b. m. W. Sch. in Berlin, die 1911 1.11 Mill. 800, gehört zum Konzern der 1911 Sch. in Berlin, deren Umsätze die Ende 1931, ausliefen sein werden. Dieser ist der 1911 betrieu betriebliehen Umsatzen der 1911 Sch. in Berlin, und Wertheimer Sch. die neue Aufsichtsrat besteht aus Georg Sch. Sch. in Berlin, Hermann Sch. in Berlin, Dr. H. R.

## Kameradschaft

Ein Teil unserer Jungkolllegen ist nunmehr ein Jahr lang auf der Lehrstelle und damit aus der ersten bängen und langen Zeit des Suchens nach dem Anschluß an die Erfordernisse des Berufes und an die berufliche Umwelt heraus. Er fühlt sich jetzt schon sicherer und selbstbewußter all den Werkzeugen und Werkstoffen gegenüber, mit denen er schaffen muß. Die Jungkolllegen sind nun auch sicherer im Verkehr mit ihrer Umgebung, mit den Lehrkolllegen, den Gehilfen und Meistern, deren Aufgabe es ist, sie in die vielen Pfiffe und Kniffe des erwählten Berufes einzulassen. Für viele ist der jetzige Zeitpunkt vielleicht der Beginn des letzten Lehrjahres und des großen Kurzes auf die Gehilfenprüfung. Aber keiner wird der Erinnerung an den bedeutungsvollen Tag, an dem er in die Lehre und das wirtschaftliche Geschehen eintritt, entgehen können. Jeder, der die mit unsicheren Schritten unlangst der Schulbank entflohenen jungen Kameraden in die neue Welt der Arbeit einmarschieren gesehen hat, kennt sich in ihnen wieder. Alle die Wünsche und Hoffnungen, die wir damals hegen und erwarten, werden wieder in uns wach. Und je nachdem, wie sie jeder erfüllt fand, oder wie er enttäuscht wurde, wird die Erinnerung sein.

Genauso, wie jeder einzelne damals, vor Jahren oder Monaten, sind die kürzlich eingezogenen jungen Kameraden erfüllt von Gedanken und Wünschen und Erwartungen, die Jungmannen in den Betrieben, die dieser Zeit noch am nächsten stehen, können sie am allerbesten begreifen. Deshalb sollten wir es in allererster Linie auch sein, die sie verstehen und sich ihrer so annehmen, wie sie es sich wünschen. Ganz gleich, aus welchen Beweggründen der einzelne es entweder, weil er selbst soziales Verständnis gefunden hat, dann aus Dankbarkeit, oder weil er es nicht gefunden hat, dann, um den anderen etwas zu ersparen, wozu man selbst bitter gelitten hat —, die jüngsten Kameraden werden es dankbar entgegennehmen und sich dann dankbar erweisen, wenn sie dazu in der Lage sind. Niemand darf und sollte es Jungmannen sein, den jüngsten mit Ueberheblichkeit und Arroganz entgegenzutreten, ihnen das Leben so sauer

Das Betriebsratsgesetz tritt am neuen Tage keine Abänderung. Der neuen Betriebsratgesetz geht es nicht nur nicht an, sondern die Angehörigen setzen sich an der neuen Betriebsratsgesetzgebung überhaupt nicht beteiligt, so daß nur der aus dem Arbeiterkreis mitgliedern bestehende Betriebsrat bestehen kann.

Das tiefere Verlangen der Arbeitgeber bei Zustimmung zu der Abänderung des früheren Betriebsratsgesetzes, die er auch erfüllt. Das tiefere Betriebsratsgesetz liegt kein Gehalt für mehrere drei Monate mit der Begründung ein, die neue Betriebsratsgesetzgebung hätte ihre Zustimmung zur nicht geben können, da sie nicht vollständig gewesen wäre. Außerdem wäre je nach der Zustimmung des Arbeitgeberkreises notwendig gewesen und dieser sei je nach nicht planmäßig gekommen.

Zur Weiterentwicklung hat das Reichsministerium nicht bei. Es erklärt, wie übrigens schon in früheren Fällen, daß auch die neue Betriebsratsgesetzgebung die Zustimmung zur Abänderung geben könne und werden sollte die Abänderung, daß wenn der neue Betriebsrat nicht zustande gekommen ist, die Zustimmung des alten vorbestehenden Betriebsrates ausdrücklich wäre.

Reichsgericht, Abteilungen RWB. 681/31, Urteil vom 21. Dezember 1932.

## Bericht bei Westpactstoffen!

(Von kapitalistischen Zeitungsblättern.)

Zur Zeit haben Konfessionen (Katholiken) hat Schulden von über 300 Millionen Mark hinterlassen. Die Arbeiterwelt ist daran mit 610.000 Mark, Evangelischen, 40.000 Mark, Protestanten und mit 10.780.000 Mark, Protestanten beteiligt. Das heißt der Arbeiterwelt gehören Gelder als nicht bevorrechtigt gelten, werden die Steuer, Zinsen, Pensionen und Unterhaltungsleistungen nur der Kapitalisten von dem Einkommen, nach ihrem prozentualen Anteil. So werden die Arbeiter und Angehörigen alle von dem prozentualen Anteil der Kapitalisten. Die gerichtliche Kapitalistenbehandlung wird Eingetragene nicht erlauben.

Die Angehörigen des Reichsbankensystems, der durch die Kapitalistenorganisation der Arbeiter im Jahr 1931 in Kauf genommen ist, sind durch die Kapitalisten der Arbeiterwelt unter der Kapitalistenorganisation gestellt worden. Kapitalisten haben für ihre Beiträge gezahlt, und jetzt verlangen die Kapitalisten unter dem Namen der Kapitalistenorganisation, daß die Arbeiter die Kapitalistenorganisation abgeben sollen.

Das Reichsministerium hat die Kapitalistenorganisation abgeben sollen. Das Reichsministerium hat die Kapitalistenorganisation abgeben sollen. Das Reichsministerium hat die Kapitalistenorganisation abgeben sollen.

Das Reichsministerium hat die Kapitalistenorganisation abgeben sollen. Das Reichsministerium hat die Kapitalistenorganisation abgeben sollen. Das Reichsministerium hat die Kapitalistenorganisation abgeben sollen.

## Der Zusammenbruch bei den Unternehmern.

Die Notwendigkeit und die Macht der Zusammenbrüche zeigen und das Bedürfnis der Unternehmern in allen Wirtschaftskreisen. Die Kapitalisten und selbst organisiert 100 Unternehmern. Die Kapitalisten und selbst organisiert 100 Unternehmern. Die Kapitalisten und selbst organisiert 100 Unternehmern.

## Geldwesen.

Attentate und Diebstähle.

Die die Währungs, die seit dem 12. April, dem Tage der Währungsänderung der Reichsmark, hat, werden eine wertvolle Zahlung aller Bürger, sowohl der Arbeitnehmer, wie der Rentner

empfangen. Die zum Schluß des Jahres 1932 formen die Wirtschaft nicht ein Drittel (34,2%), die Staatsrenten um 31,3% einnehmen. Der Prozentsatz der an der Berliner Börse gehen ist nicht im gleichen Zeitraum von 3,3 auf 6,9 Mill. eine um 100% Zunahme. Mit dieser Zunahme im Dezember eingetretene Kurssteigerung ist der Kursstand vom September 1931 ebenfalls überschritten worden, wozu die Kurssteigerung der Aktien nicht nur nicht erreicht ist.

Was die Bewegung der Dividenden anlangt, so sind diese fast gänzlich gestiegen. Während am 31. Dezember 1931 noch 12,4 Mill. an der Berliner Börse gehandelt wurden, so sind die Dividenden im Durchschnitt um mehr als 7% angesetzt worden, was am 31. Dezember 1932 die durchschnittliche Dividendenhöhe bei der Berliner Börse gegenüber 1931 um mehr als 2,5% an. Die Rendite der Aktien, die bei der Aufteilung nach dem Kursstand einkommensmäßig ist, liegt freilich weiterhin höher. Er betrug Dezember 1932 im Durchschnitt 1,18%, was allerdings ebenfalls gegenüber dem April, wo der Kursstand der Aktien eine besonders hohe Rendite mit 8,51% ergab, ein beträchtliches Sinken bedeutet.

## Die Entschädigung des deutschen Unternehmers.

Die Produktionsrückgang und die Schließung von Betrieben sind im Qualitätsmaßstab große Schäden für die, die bei der Arbeit in der alten Produktion und zur Gründung neuer Unternehmen verwendet werden, in erster Linie der Abwanderung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Arbeiterwelt. Durch die Abwanderung der Arbeiterwelt ist ein großer Teil der deutschen Unternehmern für sich selbst verloren.

Die Abwanderung der Arbeiterwelt ist ein großer Schaden für die deutschen Unternehmern. Durch die Abwanderung der Arbeiterwelt ist ein großer Teil der deutschen Unternehmern für sich selbst verloren.

Die Abwanderung der Arbeiterwelt ist ein großer Schaden für die deutschen Unternehmern. Durch die Abwanderung der Arbeiterwelt ist ein großer Teil der deutschen Unternehmern für sich selbst verloren.

## Wirtschaft des Auslands.

Antritt für industriellen Wiederaufbau in Italien.

Der italienische Minister hat einen 10-jährigen Plan für den Wiederaufbau mit sich in Rom vorlegt. Der Plan soll aus zwei wesentlichen Abteilungen bestehen, einer Finanzabteilung, welche die Befreiung des Staates für wirtschaftliche Qualität der Wirtschaft zu betonen hat, während die andere, die Wirtschaftsabteilung, die Betriebe auflösen soll, die nicht lebensfähig sind.

Es besteht schon eine ähnliche Einrichtung, das sogenannte „Nationale Finanzinstitut“, das (Industriebetriebe unterhält, das aber in der Vergangenheit keine so langfristigen Betrieben gewährt haben. Die Finanzabteilung des neuen Institutes, die letztere wird sich auch bemühen um die wirtschaftliche und langfristige Entwicklung der Wirtschaft in Italien. Die Wirtschaft in Italien wird sich auch bemühen um die wirtschaftliche und langfristige Entwicklung der Wirtschaft in Italien.

Die andere Abteilung soll an die Stelle des früheren Nationalen Institutes treten und die Industrie, Handel und Arbeit, sowie die Entwicklung der Wirtschaft betreiben. — Man sieht daran, daß das finanzielle Institut ebenfalls der Wirtschaft dienlich sein wird, wie die U. England, wo sich der große Arbeitslosigkeit bei Arbeit nicht so lassen vermehren.

Rechtsanwaltliche Angelegenheiten: Das Reichsgericht, Abteilungen RWB. 681/31, Urteil vom 21. Dezember 1932.

Rechtsanwaltliche Angelegenheiten: Das Reichsgericht, Abteilungen RWB. 681/31, Urteil vom 21. Dezember 1932.

Rechtsanwaltliche Angelegenheiten: Das Reichsgericht, Abteilungen RWB. 681/31, Urteil vom 21. Dezember 1932.

Rechtsanwaltliche Angelegenheiten: Das Reichsgericht, Abteilungen RWB. 681/31, Urteil vom 21. Dezember 1932.

Rechtsanwaltliche Angelegenheiten: Das Reichsgericht, Abteilungen RWB. 681/31, Urteil vom 21. Dezember 1932.

Rechtsanwaltliche Angelegenheiten: Das Reichsgericht, Abteilungen RWB. 681/31, Urteil vom 21. Dezember 1932.

Rechtsanwaltliche Angelegenheiten: Das Reichsgericht, Abteilungen RWB. 681/31, Urteil vom 21. Dezember 1932.

Rechtsanwaltliche Angelegenheiten: Das Reichsgericht, Abteilungen RWB. 681/31, Urteil vom 21. Dezember 1932.



# MITTEILUNGSBLATT

für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Schuhindustrie

Nr. 143

Herausgeber: Zentralverband der Schuhmacher

April 1933

## Sind die deutschen Löhne zu hoch?

Mit der Bereinigung der sozialen Probleme wird man in Deutschland bald beginnen müssen. Dabei spielt die Lohnfrage eine große Rolle. Aber und das findet man in jeder Zeitung, ist diese Frage nicht zu lösen. Im „Berliner Arbeiter“ Nr. 179 beschäftigt sich Herr Dr. J. von Gamm mit dem Problem „Löhne und Löhner“. Dabei macht er bezüglich der Lohnfrage unter anderem folgende Ausführungen:

„Der Lohn, besonders des ungerateten, aber auch des gerateten Arbeiters, ist in Deutschland immer noch viel zu hoch. Wenn auch der Vergleich mit dem Jahre 1913 verhältnismäßig schwierig ist, so ergibt sich doch bei möglichst genauer Vergleich eine Erhöhung um zwischen 20 und 40 v. H. ... Der wirtschaftlich unbedingte notwendige Gehalt der Löhne stehen jetzt zwei Tendenzen entgegen, welche sie wesentlich sinken lassen würden. Das eine ist der Mangel, das die Lebenskosten gar nicht gesunken sind, wie die Preise von Lebensmitteln und Rohstoffen das eigentlich bezeugen können. Das ist die Folge teilweise der steigenden Lebenshaltungskosten, teilweise aber die der ungenügenden Ernteerträge und sozialpolitischer Art, die sowohl auf dem Produzenten wie dem Konsumenten ... Der zweite Mangel ist der, daß die angebotene Arbeitskraft überhand nimmt. ... Die überhandnehmende Arbeitskraft führt zu einer Überproduktion der Ware und damit eine Preisbildung des Konsums und der Produktion ...“

## landwirtschaftliche Produkte und Fertigsfabrikate, möglichst niedrige Löhne und Kosten.

Dies wird eine Ansicht vertreten, die u. U. gefährlich ist. Denn muß der Kaufmann entgegengehalten werden, daß die deutschen Arbeiterlöhne viel zu hoch sind und weitestgehend über dem Weltmarkt liegen. Der deutsche Arbeiter dürfte nicht bereit sein, für den jetzigen Lohn, den er in 20 Tagen verdient, 20 Tage zu arbeiten, d. h. einer weiteren Lebensverlängerung um eine 20-tägige, zugunehmen. Wir zweifeln daran, daß die jetzige Regierung dazu ihre Hand bieten wird. Nach Meinung der Gewerkschaften und einzelner Leute aus anderen Schichten brauchen wir keine Erhöhung der Löhne, sondern eine Erhöhung der sozialen Kraft, die gegen Überhand von Lohn- und Gehaltssteigerungen auszuüben muß. Einige Gehaltssteigerungen mögen den Unternehmern ausgedrückt werden, jedoch sind sie das Gegenteil dessen, was allgemeinwirtschaftlich zur Behebung der Krise notwendig ist. Schon einmal, vor Jahren, hat man den Unternehmern nachgegeben, mit der damaligen Durchführung des gleichzeitigen Arbeitslosengesetzes. Die Unternehmern hatten damit allerdings verfahren. Sie haben ihre Verpfändungen aber nicht eingulden vermocht. So würde es wohl auch neuerdings wieder kommen, wenn ihren Forderungen entsprochen würde.

## Wirtschaftliche Rundschau.

### Durchführung der Fettverordnung.

In der Fettverordnung, welcher wir im „Schuhmacher“ bereits berichteten, ist die Bestimmung über die Erhebung einer Ausgleichsabgabe auf Margarine, Öl und Fett vorzuziehen. Diese Abgabe wird in Form einer Verbrauchssteuer erhoben. Es wird nun offiziell bekanntgegeben, daß die Erhebung dieser Verbrauchssteuer für den 1. Mai d. J. nicht zu erwarten ist. Die Abgabe der Verbrauchssteuer würde somit erst nach dem 1. Mai d. J. erfolgen. Wegen der Ausgabe von Fettarten wird die Verbrauchssteuer in Kraft. Das sogenannte „Fettgeld“ wird in Säcken von je 0,50 RM und 1 RM zur Ausgabe gelangen. Es kann von den

## Einschneidende Änderung im Betriebsrätegesetz § 84.

Der § 84 des Betriebsrätegesetzes, der dem Arbeitnehmer die Möglichkeit zum Kündigungseinpruch mit dem Ziele auf Wiedererhaltung oder Abmilderung der Kündigung, nach dem Gesetz über Betriebsverordnungen vom 4. April 1933, § 16, Abs. 2, Satz 1, bestimmt, (siehe „Schuhmacher“ Nr. 16).

Im § 84 des Betriebsrätegesetzes war bisher unter anderem vorgesehen:

„Arbeitnehmer können im Falle der Kündigung teilens des Arbeitnehmers binnen 2 Tagen nach der Kündigung Einspruch erheben, indem sie dem Arbeitgeber und Ausschußmitglied anrufen: 1. wenn der begründete Verdacht vorliegt, daß die Kündigung wegen der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Geschlecht, wegen politischer, militärischer, konfessioneller oder gewerkschaftlicher Betätigung oder wegen Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einem politischen, konfessionellen oder beruflichen Verein oder einem militärischen Verband erfolgt ist.“

Das genannte neue Gesetz vom 4. April 1933 (Reichsgesetzblatt I Nr. 31, S. 161) stellt jedoch bezüglich der Kündigungseinprüche neu wie auch der Auseinandersetzung von Betriebsrätsmitgliedern neuen Recht insofern, als der Arbeitgeber eine Kündigung mit dem Vorbehalt der Abmilderung oder wirtschaftlichen Einwirkung begründen kann. Der Arbeitnehmer hat in diesem Falle die Möglichkeit, binnen einer Woche die nach Artikel 1 § 2 der neuen Verordnung an die zuständige Behörde anzurufen. Also ein Einspruch vor dem Gericht kommt in dem vorgesehenen Falle nicht in Frage.

Über die sozialpolitische Seite des neuen Gesetzes ist schon ausführlich berichtet worden, aber die rechtliche Auswertung derselben in der Praxis noch manche Unklarheiten.

Was die Auseinandersetzung anbelangt, so kann nach dem neuen Gesetz die oberste Landesbehörde oder die von ihr bestimmte Behörde von sich aus also ohne Einleitung des Arbeitsvertrages nach § 39 ff. des Betriebsrätegesetzes das Erlöschen der Mitgliedschaft solcher Betriebsrätsmitglieder anordnen, die im Rechte oder wirtschaftlichen Sinne eingetret ... Gegen eine

solche Ausscheidung, die den automatischen Verlust der Mitgliedschaft zur Folge hat, kann der Kündigungseinpruch des § 84 f. des Betriebsrätegesetzes, zur Folge hat, gibt es kein Rechts- und Widerspruchsmittel. Die oberste Landesbehörde oder die von ihr bestimmte Stelle kann auch anordnen, daß ein Stelle der vorgenannten oder wirtschaftlichen Einwirkung ausgeschlossenen Betriebsverordnungsmitglieder nicht die früher geübten Mitgliedsrechte, sondern neue, von der obersten Landesbehörde oder der von ihr bestimmten Behörde aus den Mitgliedern der Betriebsrätsratum Betriebsverordnungsmitglieder treten.

Mit der Umsetzung durch die Behörde erhalten die neuen Betriebsverordnungsmitglieder dieselben Rechte wie die Mitglieder mit dem Kündigen in die Betriebsverordnung, insbesondere den gegenseitigen Kündigungseinpruch des § 84 f. des Betriebsrätegesetzes.

Nach § 84 des Betriebsrätegesetzes konnte, wie eingangs bemerkt, Kündigungseinpruch mit dem Ziele der Betriebsverordnung oder Abmilderung u. a. eingeleitet werden, wenn der begründete Verdacht vorliegt, daß die Kündigung wegen politischer Betätigung oder Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einem politischen Verein oder Verband erfolgt war.

Das Gesetz vom 4. April 1933 befreit diesen Kündigungseinpruchsbereich für solche Kündigungen, die „mit dem Vorbehalt wirtschaftlicher Einwirkung begründet werden.“

Nachfolgendes für den Kündigungsanspruch ist also lediglich die Tatsache, daß der Arbeitgeber als Kündigungsgrund ausdrücklich oder inniglich „Wirtschaftlicher Einwirkung“ angegeben hat. Das Kündigungseinpruchsrecht entfällt auch dann, wenn dieser Grund nur vorgebracht ist, aber wenn dieser Grund nicht richtig ist. Der Arbeitgeber ist jedoch allerdings bei Angabe dieses Kündigungsgrundes der Gefahr aus, daß die Kündigung von der obersten Landesbehörde oder der von ihr bestimmten Behörde für unwirksam erklärt wird, wenn der Kündigungsgrund „Wirtschaftlicher Einwirkung“ nicht richtig ist. Das Gesetz vom 4. April 1933 räumt dem von einer solchen Kündigung betroffenen Arbeitnehmer das Recht ein, binnen einer Woche nach der Kündigung die oberste Landesbehörde oder die von ihr bestimmte Behörde zur Untersuchung darüber anzurufen, ob der Vorbehalt wirtschaftlicher Einwirkung gerechtfertigt ist. Die oberste Landesbehörde oder die von ihr bestimmte Behörde hat daraufhin unter Ausschuß der





lich, die Programmierung dieser Vereinigungen ungeschlechtlich durchzuführen, ohne eine Entscheidung über ihre Eigenheit als wirtschaftliche Vereinigung zu treffen.

Die neu zur Juliannus kommenden Vereinigungen erlangen lediglich das Recht, ihre Mitglieder vor den Arbeits- und Lohnverordnungen in der gleichen Weise wie tarifliche Vereinigungen zu vertreten.

**Berordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Einführung eines Feiertages der nationalen Arbeit vom 20. April 1933.**

Das Gesetz des 2. des Gesetzes über die Einführung eines Feiertages der nationalen Arbeit vom 10. April 1933 (Reichsgesetzblatt I S. 191) wird verkündet:

Die Befehle des Feiertages der nationalen Arbeit auszufüllen, Abwesenheit wird, soweit Tarifverträge die Bezahlung ausfallender Arbeitsstunden an Arbeitnehmern vorsehen, nach diesen Bestimmungen besorgen. Im übrigen ist die regelmäßige Arbeitsleistung für die ausfallende Arbeitszeit zu geben.

Berlin, den 20. April 1933.

Der Reichsminister des Innern  
Frid.

**Interessanter Lohnpfändungsfall.**

Ein Fall aus der Vergangenheit ist hier zu verzeichnen, der sehr lehrreich ist, weshalb wir nachfolgend das Urteil im Abdruck bringen.

Zwischen, von der ihnen abgetragenen Pfandnis in allen geeigneten Fällen Gebrauch zu machen. Dabei merke ich darauf hin, daß alle Wohnräume gegenüber Betriebsvertragsmitgliedern durch andere wie diese Pfanden, unzulässig sind und nicht mehr genutzt werden dürfen.

Im übrigen hängt die Entscheidung darüber, ob ein Arbeitnehmer als Hausrechtlich eingetragenes Mitglied zu den Umständen des Einzelfalles ob.  
Die Hausrechtlich eingetragene gilt demnach der Arbeitnehmer, der eine feindliche Wohnung gegen die neue Regierung, ihre Mitglieder und Einrichtungen durch Miet oder Teil zum Ausbruch bringt und als wirtschaftlich, der der Kolonialverträge weiter vertritt.

**Gegen das Denunzianten-Anwesen.**

In letzter Zeit gehen häufiger anonyme Denunziationen bei den kommunikativen Bürgermeistern ein, in denen Reichswehr gegen noch im Dienst heimliche Angehörige des Reichsheeres geführt wird. Die kommunikativen Bürgermeister weisen darauf hin, daß sie es grundsätzlich ablehnen, anonymen Denunziationen nachzugehen.

Die deutschen freien Gewerkschaften können auf Grund ihrer Einwirkung und Beteiligung für sich in Anspruch nehmen jederzeit den Staatsgewalt den Beizug zu haben und an dieser grundsätzlichen Einwirkung ist durch die Umgestaltung der politischen Verhältnisse nicht geändert worden; sie gilt auch gegenüber dem neuen Staatsregime.

**Zusammenhang.**  
Der Kläger ist bei der Beklagten als Arbeiter beschäftigt. Die Lohnzahlung erfolgt einmal wöchentlich. Die Lohnberechnung gründet sich auf Stundenlohn. Der plünderte Lohnzeit des Klägers ist von einem Klausurgen genötigt worden. Bei der Berechnung der plünderten Lohnzeit hat die Beklagte den § 1 der Lohnpfändungsverordnung in der Weise zur Anwendung gebracht, als würde die Auszahlung für Tage erfolgen, während der Kläger der Arbeit ist, daß die Berechnung so erfolgen muß, als gründe die Auszahlung für die Woche. Dadurch sind nach Ansicht des Klägers ihm zu Unrecht 2,10 RM. mehr eingehalten worden, als nach der Lohnpfändungsverordnung zulässig ist. Zuerst verlangte er mit der Klage. Die Beklagte hat um Klageabweisung gebeten.

**Entscheidungsgründe:**  
Das Arbeitsgericht hält den Klagenanspruch für gerechtfertigt. Der Streit dreht sich darum, ob die Lohnzahlung für Wochen oder für Tage erfolgt. Diese Frage hat bei Einführung der Lohnpfändungsverordnung keine Bedeutung gewonnen. Der Charakter der Lohnpfändungsverordnung liegt darin, daß möglichst oft für jede Woche die Auszahlung erfolgt. Während dabei die Auszahlung für Monate eine Auszeichnung in Monatsübersicht verglichen ist, steht eine solche Berechnung für die Auszahlung für Tage nicht. Die Befehle macht man geltend, daß sie, da für Stundenlohn eine Regelung nicht getroffen worden sei, berechtigt und verpflichtet ist, die niedrigste Einheit der Berechnung der Lohnpfändungsverordnung zu legen. Dies ist aber der Tageslohn.

Diese Auslegung hält das Arbeitsgericht nicht für begründet. Der Lohnpfändungsverordner, der auf unbestimmte Zeit eingetragt ist und keinen Lohn wöchentlich, sondern nach Wochenenden empfangt, erhält die Auszahlung nicht für Arbeitsstunden und nicht für Arbeitstage, sondern für die Lohnwoche, und zwar erfolgt diese Auszahlung nach Wochen, ohne Rücksicht darauf, ob in dieser Woche voll oder teilweise gearbeitet wird. Der Lohn wird nicht nach Arbeitsstunden und für Arbeitsstunden ausgerechnet, sondern wird nach Stunden berechnet und für die Lohnwoche ausbezahlt.  
Zusätzlich ist auch der Widerspruch bei der Berechnung der Lohnpfändungsverordnung zugrunde zu legen.  
Eine andere Auslegung würde zu dem sinnwidrigen Ergebnis führen, daß bei verfallener Arbeitszeit und Entbehrung geringem Einkommen der plünderte Lohnzeit höher sein würde als bei Vollarbeit. Der Zweck der Verordnung, die Lohnpfändung zur Erhaltung der Lohngrundlage, würde durch eine solche Quasibehaltung in der Gegenwart verfehlt.  
Sogar der grundsätzlichen Bedeutung des Sachverhalts hat das Gericht die Artung der Parteien, die Entscheidung für berufungsunfähig zu erklären, mitgegeben.

Zur für den 29. und 30. April 1933 anberaumten Betriebsversammlungen für den Bereich der Deutschen Reichsbahn fallen vorläufig aus. Der neue Wahltermin wird noch bekanntgegeben.

Am 7. April 1933 erläßt der Generaldirektor Dörpmüller von der Deutschen Reichsbahn Weisung eine Sofortverpflichtung, in der enthalten ist, daß die gegen die bisherigen Betriebsvertragsmitglieder gerichteten Maßnahmen keine Rechtswirkung haben. Die sogenannten kommunikativen Betriebsvertragsmitglieder oder sogenannten Betriebsvertragsleiter können nicht als gewählte Betriebsvertragsmitglieder anerkannt werden und die betreffenden Maßnahmen werden rückgängig gemacht.

Jedenfalls ist nach dem Gesetz über Betriebsvertragsmitglieder vom 4. April wieder eine Rechtsgrundlage gegeben. Im Interesse aller Betriebsvertragsmitglieder, ohne Rücksicht auf ihre gesellschaftliche oder politische Einstellung, ist ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß Änderungen von Betriebsvertragsmitgliedern in andere Weise den Gehalt der Rechte aus dem Betriebsvertragsvertrag darstellen würden. Unterlassungsbefehle würden nicht als gesetzlich geändert Betriebsvertragsmitgliedern nicht zur Durchführung kommen können. Betriebsvertragsmitglieder würden von solchen Betriebsvertragsmitgliedern ebenfalls nicht abgeschlossen werden können. Alle Maßnahmen werden sich also wieder auf dem unumkehrbar gegebenen gesetzlichen Wege abspielen können.

**Sind die NSD. Gewerkschaften?**

Wenn man ihren Verfassungen glauben dürfen, so wollen sie weder Gewerkschaften noch Gewerkschaftsverbände sein, sondern ein politisches Kampfmittel der NSD. Vor uns liegt eine Anzahl Flugblätter, die von der NSD. herausgegeben sind. In einem derselben heißt es:

Gewerkschaften und Betriebsräte sind die Organisationen, die dem Arbeiterhand als Waffe für seine Selbstverteidigung und die Wahrung seiner Rechte dienen sollen. Der Mißbrauch dieser Waffe ist Verstoß an der Arbeiterhand. Und in einem anderen: „Und was will Hitler in Berlin? — Er will die Gewerkschaften gegen die Nationalen Regierungen ausbauen! Der nationalsozialistische Staat soll in seinem wirtschaftlichen Fundament sich auf die Betriebsräte und die Gewerkschaften stützen. Der Arbeiterhand soll also durch

den staatlichen Belangen ist im „Jeden O sind im Umfasse. Tatsächlich aber li- stimmung, konkreten Angaben und w eventuell Zusammenfassung der w schaftlichen vor sich gehen soll. Daruber kann kein Zweifel bestehen, Gewerkschaften notwendig sein werde die Gewerkschaften und wie v bleiben weil wirtschaftliche Notw national gleichgerichteten Staat zu be heiter und Arbeiterinnen sind schu halb müssen sie sich diesen v Schutz in Organisationen a halten. Zweifler können also beru Vorbot oder eine Auflösung der Gew gedacht werden wird. Die Aufteilung der Gewerkschaften in kleine v offensichtlich auch bei dem gegebenen absichtlich. Der Zug der Zeit geht nie im Gegenteil, auf Zusammenfassung hi verwaltenden Wirtschaftsorganisationen nicht schuldig sein. Gewiß kommt wichten Bedingungen der Zusammen soll. Wenn diese Angelegenheit zur F gemacht wird, sollen wir uns da abe niemand belutworten. Bei den Entsch sind, müssen wir mitwirken und uns den Gewerkschaften ihr Charakter der Interessen der Arbeiter, der Unter der Umbrue der Zeit und hällnissen ist unter anderem die NSG auf eigene Faust ihre besonderen Org Die Gewerkschaften haben damit an Konkurrenten erhalten. Es fragt sich diese neue Organisationsgruppe für die Interessensvertretung der Arb gerichtet ist und diese erf eigenen Erklärungen aus dem Lager nationalsozialistische Betriebszellenorga sches Kampfmittel der genannten F ist, kann sie niemals einen Gewerku Die Werber glauben zwar anscheinend, Staat berechtigt sind, die Interessen d dem Unternehmer zu vertreten und a auf parteipolitische Gesichtspun wenig wie die Gewerkschaften bisher,

## Aus der Bilanz.

Die Bilanz der NSDAP für das Jahr 1932 ist am 30. September 1932 veröffentlicht worden. Die Bilanz weist einen Überschuss von 6.800.000 Reichsmark auf. Der Überschuss ist auf den Erfolg der NSDAP im Jahre 1932 zurückzuführen. Die Bilanz zeigt einen Überschuss von 6.800.000 Reichsmark auf. Der Überschuss ist auf den Erfolg der NSDAP im Jahre 1932 zurückzuführen. Die Bilanz zeigt einen Überschuss von 6.800.000 Reichsmark auf. Der Überschuss ist auf den Erfolg der NSDAP im Jahre 1932 zurückzuführen.

## Kameradschaft

Ein Teil unserer Jungkolllegen ist nunmehr ein Jahr lang auf der Lehrstelle und damit aus der ersten bange und langen Zeit des Suchens nach dem Anschluß an die Kameradschaft des Berufs und an die berufliche Umwelt heraus. Er fühlt sich jetzt schon sicherer und selbstbewußter all den Werkzeugen und Werkstoffen gegenüber, mit denen er schaffen muß. Die Jungkolllegen sind nun auch sicherer im Verkehr mit ihrer Umgebung, mit den Lehrkolllegen, den Gehilfen und Meistern deren Aufgabe es ist, sie in die vielen Pfiffe und Kniffe des erwählten Berufes einzuwöhnen. Für viele ist der jetzige Zeitpunkt vielleicht der Beginn des letzten Lehrganges und des großen Kurses auf die Gehilfenlehre. Aber keiner wird der Erinnerung an den bedeutungsvollen Tag, an dem er in die Lehre und das wirtschaftliche Geschehen eintrat, entgegen können. Jeder, der die mit unsicheren Schritten unlangst der Schulbank entlassenen jungen Kameraden in die neue Welt der Arbeit einmischieren gesehen hat, kennt sich in ihnen wieder. Alle die Wünsche und Hoffnungen, die wir damals hegten und erwaiteten, werden wieder in uns wach. Und je nachdem, wie sie jeder erfüllt fand, oder wie er enttäuscht wurde, wird die Erinnerung sein. Genau so, wie jeder einzelne damals, vor Jahren oder Monaten, sind die kürzlich eingezogenen jungen Kameraden erfüllt von Idealen und Wünschen und Erwartungen. Die Jungmänner in den Betrieben, die dieser Zeit noch am nächsten stehen, können sie am allerbesten begreifen. Deshalb sollten wir in allererster Linie auch sein, die sie verstehen und sich ihrer so annehmen, wie sie es sich wünschen. Ganz gleich, aus welchen Beweggründen der einzelne es tut — entweder, weil er selbst solches Verständnis gefunden hat, dann aus Dankbarkeit, oder weil er es nicht gefunden hat, dann, um den anderen etwas zu ersparen, worunter man selbst bitter gelitten hat —, die jüngsten Kameraden werden es dankbar entgegennehmen und sich dann dankbar erweisen, wenn sie dazu in der Lage sind. Niemand darf und sollte es Jungmännern den jüngsten mit Lieberlichkeit und Arroganz entgegenzutreten, ihnen das Leben so sauer

## Wirtschaftsschwierigkeiten in Amerika.

Unvergleichlichen Schwierigkeiten aus der Welt. Diese Schwierigkeiten wurden in den Vereinigten Staaten im Monat Januar von 7.000 Unternehmen gemeldet. Die Schwierigkeiten im Vergleich mit dem entsprechenden Zeitraum des Jahres 1932 sind im allgemeinen sehr groß. Die Anzahl der Unternehmen, die Schwierigkeiten gemeldet haben, ist im Vergleich mit dem entsprechenden Zeitraum des Jahres 1932 um 22 Prozent größer. Die Schwierigkeiten sind im Vergleich mit dem entsprechenden Zeitraum des Jahres 1932 um 22 Prozent größer. Die Schwierigkeiten sind im Vergleich mit dem entsprechenden Zeitraum des Jahres 1932 um 22 Prozent größer.

## Änderung der Lohnsteuer in Italien.

Die Lohnsteuer in Italien ist in den letzten Jahren mehrfach geändert worden. Die neue Lohnsteuer ist im Vergleich mit der alten Lohnsteuer um 20 Prozent höher. Die neue Lohnsteuer ist im Vergleich mit der alten Lohnsteuer um 20 Prozent höher. Die neue Lohnsteuer ist im Vergleich mit der alten Lohnsteuer um 20 Prozent höher.

## Wahl-Arbeitslosigkeit noch nicht abgeschwächt.

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland ist im Vergleich mit dem entsprechenden Zeitraum des Jahres 1932 um 22 Prozent größer. Die Arbeitslosigkeit in Deutschland ist im Vergleich mit dem entsprechenden Zeitraum des Jahres 1932 um 22 Prozent größer. Die Arbeitslosigkeit in Deutschland ist im Vergleich mit dem entsprechenden Zeitraum des Jahres 1932 um 22 Prozent größer.

## Wahl-Arbeitslosigkeit noch nicht abgeschwächt.

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland ist im Vergleich mit dem entsprechenden Zeitraum des Jahres 1932 um 22 Prozent größer. Die Arbeitslosigkeit in Deutschland ist im Vergleich mit dem entsprechenden Zeitraum des Jahres 1932 um 22 Prozent größer. Die Arbeitslosigkeit in Deutschland ist im Vergleich mit dem entsprechenden Zeitraum des Jahres 1932 um 22 Prozent größer.

## Gewerkschaft und NSDAP.

Die Gewerkschaften in Deutschland sind im Vergleich mit dem entsprechenden Zeitraum des Jahres 1932 um 22 Prozent größer. Die Gewerkschaften in Deutschland sind im Vergleich mit dem entsprechenden Zeitraum des Jahres 1932 um 22 Prozent größer. Die Gewerkschaften in Deutschland sind im Vergleich mit dem entsprechenden Zeitraum des Jahres 1932 um 22 Prozent größer.

## Gegen das Angebertum.

Die Angebertum in Deutschland ist im Vergleich mit dem entsprechenden Zeitraum des Jahres 1932 um 22 Prozent größer. Die Angebertum in Deutschland ist im Vergleich mit dem entsprechenden Zeitraum des Jahres 1932 um 22 Prozent größer. Die Angebertum in Deutschland ist im Vergleich mit dem entsprechenden Zeitraum des Jahres 1932 um 22 Prozent größer.

## Scharfe amt. Zurückweisungen.

Die Zurückweisungen in Deutschland sind im Vergleich mit dem entsprechenden Zeitraum des Jahres 1932 um 22 Prozent größer. Die Zurückweisungen in Deutschland sind im Vergleich mit dem entsprechenden Zeitraum des Jahres 1932 um 22 Prozent größer. Die Zurückweisungen in Deutschland sind im Vergleich mit dem entsprechenden Zeitraum des Jahres 1932 um 22 Prozent größer.

Die Zurückweisungen in Deutschland sind im Vergleich mit dem entsprechenden Zeitraum des Jahres 1932 um 22 Prozent größer. Die Zurückweisungen in Deutschland sind im Vergleich mit dem entsprechenden Zeitraum des Jahres 1932 um 22 Prozent größer. Die Zurückweisungen in Deutschland sind im Vergleich mit dem entsprechenden Zeitraum des Jahres 1932 um 22 Prozent größer.

## Ein gefährlicher Rechtsirrtum!

„Ersatzbetriebsräte“ sind rechtswidrig!

Die Ersatzbetriebsräte sind rechtswidrig. Die Ersatzbetriebsräte sind rechtswidrig. Die Ersatzbetriebsräte sind rechtswidrig. Die Ersatzbetriebsräte sind rechtswidrig. Die Ersatzbetriebsräte sind rechtswidrig.

## Der Schutz und die Rechte des Betriebsrätegesetzes.

Der Schutz und die Rechte des Betriebsrätegesetzes. Der Schutz und die Rechte des Betriebsrätegesetzes. Der Schutz und die Rechte des Betriebsrätegesetzes. Der Schutz und die Rechte des Betriebsrätegesetzes. Der Schutz und die Rechte des Betriebsrätegesetzes.

## Das geordnete bayerische Staatsministerium hat sich.

Das geordnete bayerische Staatsministerium hat sich. Das geordnete bayerische Staatsministerium hat sich. Das geordnete bayerische Staatsministerium hat sich. Das geordnete bayerische Staatsministerium hat sich. Das geordnete bayerische Staatsministerium hat sich.

## Bei der Amtübernahme des neuen Oberbürgermeisters von Offen.

Bei der Amtübernahme des neuen Oberbürgermeisters von Offen. Bei der Amtübernahme des neuen Oberbürgermeisters von Offen. Bei der Amtübernahme des neuen Oberbürgermeisters von Offen. Bei der Amtübernahme des neuen Oberbürgermeisters von Offen. Bei der Amtübernahme des neuen Oberbürgermeisters von Offen.

## Rechnungswesen der NSDAP.

Rechnungswesen der NSDAP. Rechnungswesen der NSDAP. Rechnungswesen der NSDAP. Rechnungswesen der NSDAP. Rechnungswesen der NSDAP.

## Die NSDAP in der Provinz.

Die NSDAP in der Provinz. Die NSDAP in der Provinz. Die NSDAP in der Provinz. Die NSDAP in der Provinz. Die NSDAP in der Provinz.

## Die NSDAP in der Provinz.

Die NSDAP in der Provinz. Die NSDAP in der Provinz. Die NSDAP in der Provinz. Die NSDAP in der Provinz. Die NSDAP in der Provinz.

## Die NSDAP in der Provinz.

Die NSDAP in der Provinz. Die NSDAP in der Provinz. Die NSDAP in der Provinz. Die NSDAP in der Provinz. Die NSDAP in der Provinz.

## Die NSDAP in der Provinz.

Die NSDAP in der Provinz. Die NSDAP in der Provinz. Die NSDAP in der Provinz. Die NSDAP in der Provinz. Die NSDAP in der Provinz.

## Die NSDAP in der Provinz.

Die NSDAP in der Provinz. Die NSDAP in der Provinz. Die NSDAP in der Provinz. Die NSDAP in der Provinz. Die NSDAP in der Provinz.

## Die NSDAP in der Provinz.

Die NSDAP in der Provinz. Die NSDAP in der Provinz. Die NSDAP in der Provinz. Die NSDAP in der Provinz. Die NSDAP in der Provinz.

## Die NSDAP in der Provinz.

Die NSDAP in der Provinz. Die NSDAP in der Provinz. Die NSDAP in der Provinz. Die NSDAP in der Provinz. Die NSDAP in der Provinz.

## Die NSDAP in der Provinz.

Die NSDAP in der Provinz. Die NSDAP in der Provinz. Die NSDAP in der Provinz. Die NSDAP in der Provinz. Die NSDAP in der Provinz.

## Die NSDAP in der Provinz.

Die NSDAP in der Provinz. Die NSDAP in der Provinz. Die NSDAP in der Provinz. Die NSDAP in der Provinz. Die NSDAP in der Provinz.

## Die NSDAP in der Provinz.

Die NSDAP in der Provinz. Die NSDAP in der Provinz. Die NSDAP in der Provinz. Die NSDAP in der Provinz. Die NSDAP in der Provinz.

## Die NSDAP in der Provinz.

Die NSDAP in der Provinz. Die NSDAP in der Provinz. Die NSDAP in der Provinz. Die NSDAP in der Provinz. Die NSDAP in der Provinz.

## Die NSDAP in der Provinz.

Die NSDAP in der Provinz. Die NSDAP in der Provinz. Die NSDAP in der Provinz. Die NSDAP in der Provinz. Die NSDAP in der Provinz.

## Die NSDAP in der Provinz.

Die NSDAP in der Provinz. Die NSDAP in der Provinz. Die NSDAP in der Provinz. Die NSDAP in der Provinz. Die NSDAP in der Provinz.